

REINER EICHENBERGER



Verkehr- statt Energiewende

Die Energiewende des Bundesrates stockt. Trotz riesiger Kosten erreicht er nur die Hälfte seiner ursprünglichen Ziele. Kein Wunder, denn sein Ansatz kann nicht erfolgreich sein. Erstens will der Bundesrat weiterhin die alternativen Energieträger stark subventionieren. Dabei sind sie aus Schweizer Sicht eher schädlicher als traditionelle Energieträger. Denn sie belasten sicher die Umwelt in der Schweiz. Die Emissionen der traditionellen Energieträger hingegen verändern wahrscheinlich das Weltklima, wobei die Schweiz nur rund 1,5 Promille zu den weltweiten Emissionen beiträgt. Deshalb gehören auch die alternativen Energien nicht subventioniert, sondern besteuert. Zweitens ist völlig unklar, welche alternativen Energieträger wirklich zukunftstauglich sind, und der technologische Fortschritt hängt vom Weltmarkt und nur zu einem minimalen Teil von Schweizer Technologie ab. Hohe Schweizer Subventionen bringen deshalb nicht viel.

Drittens ist Energie gar nicht in problematischer Weise knapp. Die heutigen Marktpreise spiegeln ihre Knappheit hinreichend. Ein Marktversagen gibt es

*«Der
Privatverkehr
muss die von ihm
verursachten
8 Milliarden
Franken externen
Kosten zahlen»*

nur hinsichtlich der negativen Umweltwirkungen von Energieproduktion und -konsum. Viertens führt jede hohe allgemeine Schweizer Energiesteuer in einen bürokratischen Albtraum. Ein grosser Teil der Energieimporte und -exporte findet in

Form von grauer Energie statt, steckt also in allen Import- und Exportgütern. Die Schweizer Produzenten hätten schwerste Wettbewerbsnachteile durch die Energiesteuer, wenn die Importe nicht entsprechend ihrem Energieinhalt belastet und die Exporte entlastet würden. Das wäre aber mit riesigem administrativem Aufwand verbunden.

Deshalb sollte der Bundesrat seine Umwelt- und Energiepolitik nicht auf globale, sondern auf Schweizer Probleme ausrichten. Die gibt es vor allem im Verkehrsbereich. Da muss endlich Mobility-Pricing durchgesetzt werden. Der Privatverkehr muss die von ihm verursachten rund 8 Milliarden Franken externen Kosten endlich zahlen, und die heutigen ebenfalls rund 8 Milliarden Franken Subventionen für den öffentlichen Verkehr müssen gestrichen werden. Dafür kann dann die Mehrwertsteuer aufgehoben werden. Das wiederum erlaubt, die Grenzen für Parallelimporte und den Versandhandel völlig zu öffnen, was grosse Preissenkungen bringt. So ginge es der Umwelt, den Konsumenten, den Steuerzahlern und schliesslich der gesamten Wirtschaft sehr viel besser.

Reiner Eichenberger ist Professor an der Universität Freiburg